

**Antrag 207/II/2019**  
**AG Migration und Vielfalt Landesvorstand**  
**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Erledigt bei Annahme 225/II/2019 (Konsens)**

**Umsetzung des Staatsangehörigkeitsgesetzes**

- 1 Bei den Ausführungsvorschriften zum Staatsbürger-  
 2 schaftsrecht ist darauf zu achten, dass:
- 3 1. die Einwanderungsbehörden in Berlin durch eine  
 4 allgemeine Verwaltungsvorschrift der für Inneres  
 5 zuständigen Senatsverwaltung angewiesen wer-  
 6 den, das Merkmal „Einordnung in die deutschen Le-  
 7 bensverhältnisse“ in den §§ 9 und 10 des Staats-  
 8 angehörigkeitsgesetzes ein- schränkend und aus-  
 9 schließlich dahingehend auszulegen ist, dass ledig-  
 10 lich das Eingehen oder Bestehen einer Doppelehe  
 11 oder Mehrehe der Einordnung in die deutschen Le-  
 12 bensverhältnisse und damit der Einbürgerung ent-  
 13 gegenstehen.
  - 14 2. Soweit die Auslegung der Anwendungshinweise  
 15 des Bundesministeriums des Inneren zur „Einord-  
 16 nung in die deutschen Lebensverhältnisse“ auf an-  
 17 dere Kriterien ausgeweitet werden oder aber die  
 18 Auslegung weitestgehend den einzelnen Behörden  
 19 überlassen werden sollen und damit der Willkür Tür  
 20 und Tore geöffnet werden, ist der Berliner Senat auf-  
 21 gefordert, sich für entsprechende Einschränkungen  
 22 auch auf Bundesebene

23  
 24  
 25 **Begründung**

26 Berlin ist eine offene und tolerante Metropole, die Men-  
 27 schen aus aller Welt willkommen heißt und die allen hilft,  
 28 die auf Hilfe angewiesen sind. Die Berliner SPD steht für  
 29 eine humanitäre Migrationspolitik und begrüßt, dass die  
 30 SPD Bundestagsfraktion im Migrationspaket den Einstieg  
 31 in ein humanes Einwanderungsgesetz durchsetzen konn-  
 32 te und vielen Menschen damit eine Bleibeperspektive er-  
 33 öffnet. Damit wurde jedoch nur ein erster Schritt erreicht.  
 34 Dagegen wurden mit dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“  
 35 und den Verschärfungen im Asylbewerberleistungsgesetz  
 36 Zugeständnisse an die CDU/CSU gemacht, die im klaren  
 37 Widerspruch zu einer sozialdemokratischen humanitären  
 38 Migrationspolitik stehen. Sie sind kein so-zialdemokrati-  
 39 scher Erfolg, sondern bestenfalls ein fau-ler Kompromiss  
 40 zu Lasten vieler Menschen, die aus Krieg und Not bei  
 41 uns Hilfe suchen. Die SPD hat bereits im Koalitionsvertrag  
 42 zahlreiche Zugeständnisse im Aus-länder- und Asylrecht  
 43 an den Koalitionspartner ge-macht. Die Grenze der Zu-  
 44 mutbarkeit ist mittlerweile überschritten.

45  
 46 Wir müssen als SPD nicht nur Flüchtlingsschutz bie-  
 47 ten, sondern auch die Frage beantworten, wie wir  
 48 mit Men-schen umgehen, die nach einem geordneten

49 rechts-staatlichen Verfahren kein weiteres Aufenthalts-  
50 recht in Deutschland haben. Nach unseren Grundwer-  
51 ten Frei-heit, Gerechtigkeit und Solidarität kann die Ant-  
52 wort nur sein, dass in jedem Einzelfall die konkrete Si-  
53 tuation des Betroffenen, die aktuelle Lage in seinem Her-  
54 kunfts-staat und der bisherige Aufenthalt und die Dauer  
55 be-rücksichtigt werden müssen.

56

57 Wer hier lebt, aufwächst oder geboren wird, ist gleich-be-  
58 rechtigt willkommen und verdient unsere Solidari-tät.  
59 Berlin steht für eine vielfältige und offene Gesell-schaft.  
60 Wir wollen die Einbürgerung mit allen staats-bürgerli-  
61 chen Rechten und Pflichten erleichtern und keine wei-  
62 teren Hürden aufbauen. Die Erweiterung der Einbürge-  
63 rungsvoraussetzungen um das Merkmal „Ein-ordnung in  
64 deutsche Lebensverhältnisse“ darf kein Ein-fallstor für ei-  
65 ne Gesinnungsprüfung im Sinne einer un-durchsichtigen  
66 deutschen „Leitkultur“ sein. Unser Maß-stab orientiert  
67 sich allein an den im Grundgesetz veran-kernten Werten.

68

69 Im Falle einer ggf. gerichtlich überprüften Ausreise-pflicht  
70 müssen Rückkehrhilfen und -beratung und frei-willige  
71 Ausreisen stets Vorrang vor Abschiebungen und Leis-  
72 tungskürzungen haben. Erleichterte Abschiebun-gen, die  
73 Einschränkungen des Rechtsschutzes und ein unsoziales  
74 Aushungern durch Leistungsausschluss leh-nen wir ab.  
75 Die Ausweitungen der Abschiebehaf und das Festhalten  
76 von geflüchteten Menschen in soge-nannten Ankerzen-  
77 tren für eine Dauer von bis zu 18 Mo-naten widersprechen  
78 einer humanitären Migrationspolitik.

79

80 Wir fordern daher die sozialdemokratischen Mitglieder  
81 des Senats auf, die möglichen Spielräume bei der Um-set-  
82 zung der gesetzlichen Regelungen soweit wie mög-lich zu  
83 nutzen und hierzu entsprechende Verwaltungs-vorschrif-  
84 ten zu erlassen.

85

86 Damit werden Auslegungen zu unbestimmten Rechtsbe-  
87 griffen für die Rechtsanwender verbindlich und das be-  
88 hördliche Ermessen in die rich-tige Richtung gesteuert.  
89 Mit der Duldung für Personen mit ungeklärter Identi-  
90 tät hat die Bundesregierung eine Duldung „light“ ein-  
91 ge-führt, die für die Betroffenen zum Arbeitsverbot und  
92 in die Illegalität führt, anstatt ihnen ausreichende Integra-  
93 tions- und Sprachkurse anzubieten. Viele Geflüchtete ver-  
94 fügen nicht über entsprechende Dokumente, um ihre  
95 Staatsangehörigkeit nachweisen zu können. Wird ihnen  
96 nicht geglaubt, gelten sie beim Bundesamt für Migrati-  
97 on und Flüchtlinge schnell als Personen mit un-geklär-  
98 ter Identität. Daher ist eine Einschränkung der Auslegung  
99 notwendig, um die Verschärfung auf Aus-nahmefälle zu  
100 beschränken. Die Durchführung von Abschiebehaf in Jus-  
101 tizvollzugs-anstalten widerspricht europarechtlichen Re-

102 gelungen und wir lehnen sie ab. Wir wollen - selbst bei  
103 getrennten Häusern - nicht, dass Geflüchtete und ihre  
104 Kinder gemeinsam mit Straftätern einsitzen. Kinder von  
105 Geflüchteten haben in Abschiebungshaft ohnehin nichts  
106 zu suchen. Die Hafterfahrung widerspricht klar und stets  
107 dem Kindeswohl.

108

109 Die in Berlin geübte Praxis der Direktabschiebung ohne  
110 vorherige richterlich angeordnete Abschiebehaft ist  
111 nicht humaner, sondern führt häufig zu einer Einschränkung  
112 des Rechtsschutzes, weil entsprechende Eilanträge  
113 vom Gericht nicht mehr zeitnah gestellt werden können.  
114 Die ständige Angst vor nächtlichen Festnahmen  
115 führt dazu, dass Geflüchtete untertauchen und ein Leben  
116 in der Illegalität führen müssen. Auflagen, sich nachts  
117 im Wohnheim für eine mögliche Abschiebung bereithalten  
118 zu müssen oder sich bei der Ausländerbehörde vorher  
119 schriftlich abzumelden, sind unverhältnismäßig. Abschiebungen  
120 dürfen stets nur als letztes Mittel eingesetzt werden. Vor jeder  
121 Abschiebung müssen daher Rückkehrberatungen und -hilfen  
122 angeboten und freiwillige Ausreisen gefördert werden. Die  
123 Abschaffung von jeglichen Asylbewerberleistungen für vollziehbar  
124 ausreisepflichtige EU-Binnenflüchtlinge - sogar vor einer gerichtlichen  
125 Überprüfung - ist mit Europarecht und mit der Menschenwürde  
126 unvereinbar.

128

129 Ein Aushungern durch Leistungsentzug widerspricht sozialdemokratischen  
130 Grundwerten. Wir wollen nicht, dass Familien mit Kindern aus  
131 Flüchtlingsheimen geworfen werden und ohne soziale Absicherungen  
132 und Gesundheitsversorgung in die Obdachlosigkeit getrieben werden.